

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Abteilung und Verbreitung: Draz II., Petřínova 15. ☎ Telefon: 26795, 31499. ☎ (Nachdruckverbot): 26797. ☎ Postfach: 57346

12. Jahrgang.

Sonntag, 3. Jänner 1932

Nr. 3.

## Kein Recht auf Aufrüstung Ungünstiges Echo der Hindenburg- rede.

Paris, 2. Jänner. Die französischen Blätter nehmen heute zur Neujahrsvorbereitung des Reichspräsidenten Stellung.

Der sozialistische „Populaire“ fragt, was Hindenburg sagen wolle, wenn er vom „gleichen Recht auf Sicherheit“ spreche. Die öffentliche Meinung in Deutschland wie im Ausland werde das so auffassen, daß Deutschland das Recht auf Aufrüstung fordert, falls die allgemeine Abrüstung nicht durchgeführt würde. Dieser These werde das Blatt sich mit gleicher Energie entgegenstellen, wie es die allgemeine Abrüstung fordere.

Der linksstehende „Quotidien“ sagt, der Sieger von Tannenberg habe als guter Deutscher gesprochen. Wenn die Deutschen jedoch mit dem Reichspräsidenten erklärten „Genug mit den Opfern, genug mit den Krediten!“, so erklärten die Franzosen, daß sie auf ihren Glaubwürdigkeitsprüfungen der freiwillig unterzeichneten Verträge bestehen müßten.

## Massenandrang zum Steuerzahlen in England.

London, 2. Jänner. Der Aufforderung an die Nation, drei Viertel der schuldigen Einkommensteuer, die am 1. Jänner zahlbar ist, ehestens einzuzahlen, wurde in ganz England in ungewöhnlichem Maße Folge geleistet. Die Steuerämter hätten gestern alle Hände voll zu tun. Es wurden Fälle gemeldet, daß Leute mit Schecks oder Bargeld noch vor Öffnen der Amtskantone erschienen. Später am Tage standen vor den Steuerämtern Fronten. In zahlreichen Städten hatten die Beamten teuren Ausbisskräfte eingesetzt, bis über Mitternacht zu tun. Man erwartet, daß dieser Geldsturz von den Steuerträgern noch die ganze nächste Woche dauern wird. Einige Steuerzahler haben nicht nur die Jänner-, sondern auch die Juniquote der Einkommensteuer beglichen.

Am meisten überraschte die Beamten die gute Stimmung der Steuerzahler. Es ereignete sich sogar, daß Schecks, die mit der Post übersandt wurden, mit Geld in Händen vorstellig wurden. Die Steuerverwaltung in London-Westend hat zu Neujahr fünfzehnfach so viel Geld eingenommen als im gleichen Zeit 1931. In Bristol haben 10.000 Personen die Jännerquote der Einkommensteuer noch vor dem Fälligkeitstermin beglichen. Der gestrige Tag war einer der besten in der Geschichte der englischen Steuerämter.

## Weitere Schmäpfung des Reichsbahn- verkehrs.

Berlin, 2. Jänner. Der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn ging im November weiter zurück. Neben saisonmäßigen Einflüssen bewirkten die allgemeine Wirtschaftskrisis sowie Währungs- und volkspolitische Maßnahmen anderer Länder diese Abschwächung, die gegenüber November 1930 11,74 Prozent betrug. Obwohl am 1. November 1931 die gesetzliche Regelung des Wettbewerbes zwischen Kraftwagen und Eisenbahn in Kraft trat, wurde eine weitere Verkehrsabwanderung auf den Kraftwagen beobachtet.

Auch der Rückgang des Personenverkehrs hielt an. Die Passagiermeter betragen 50,35 Millionen gegen 53,94 Millionen im Oktober, die Wagenachskilometer 1864 Millionen gegen 2077 Millionen im Vormonat.

Die Betriebseinnahmen beliefen sich auf 290,01 Millionen Mark (im Vormonat 333,70 Millionen Mark), während die Gesamtaufgaben 384,55 (407,21) Millionen Mark erreichten, was einen Fehlbeitrag von 94,54 Millionen ergibt. Die einen Fehlbeitrag von 94,54 Millionen ergibt. Die Einnahmen zeigen einen Tiefstand, wie er seit Jahren nicht festgestellt worden ist. Der Einnahmerückgang beträgt im Personen- und Gepäckverkehr gegenüber November 1930 19,7 Prozent und gegenüber November 1929 25,4 Prozent. Bei dem Güterverkehr sank das Einnahmeergebnis gegenüber 1930 um 17,9 Prozent und gegenüber 1929 um 38,7 Prozent. Der Personalstand hat sich von 675.681 Köpfen im Oktober auf 663.463 Köpfe im November vermindert.

## Frankreich macht neue Schwierigkeiten.

Paris, 2. Jänner. Die französische Regierung scheint nicht geneigt zu sein, schon jetzt das Datum vom 18. Jänner für die internationale Reparationskonferenz anzunehmen.

Dem „Matin“ zufolge ist die französische Regierung — entgegen dem Standpunkt der Londoner Regierung — der Meinung, daß über das Datum der Einberufung dieser Konferenz kein definitiver Entschluß gefaßt werden soll, bevor nicht die Beratungen der Vorkonferenz in Berlin, die sich mit der Regelung der deutschen privaten Schuldentilgungen befassen, beendet sind.

Zu diesen Beratungen der französischen Presse erfährt das Conti-Büro von unterrichteter Seite, daß bisher lediglich der Konferenzort Lausanne feststeht. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Es ist vielleicht möglich, daß entsprechend den französischen Wünschen eine kurze Verschiebung von wenigen Tagen eintrete.

## Ausprache Macdonald-Laval noch vor Beginn der Reparations- Konferenz?

Paris, 2. Jänner. Paris durchlief heute das aus englischer Quelle stammende Gerücht, daß Macdonald und Laval nach der Beendigung der vorläufigen Besprechungen der Finanzexperten Frankreichs und Englands eine Zusammenkunft in Boulogne sur Mer haben werden. In französischen Kreisen wird diese Nachricht zwar als verläßlich, doch keineswegs als unwahrscheinlich bezeichnet. Boulogne sur Mer

## Mittleuropäische Wirtschafts- kooperation.

Budapest, 2. Jänner. Am 22. Jänner wird in Budapest eine Zusammenkunft der Sektionen der Paneuropäischen Union aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Österreich stattfinden, bei welcher über die Wirtschaftsfragen Mitteleuropas beraten werden wird.

## Ungarn wartet Vorschläge ab.

Budapest, 2. Jänner. (M.Z.) Von zuständiger diplomatischer Seite wird dem „Magyarország“ mitgeteilt, Ungarn könne zur Frage einer wirtschaftlichen Kooperation Ungarns, der Tschechoslowakei und Österreichs nicht Stellung nehmen, solange bloß allgemein gehaltene Presseäußerungen vorliegen. Ungarn werde seinen Standpunkt unverzüglich darlegen, sobald von den einzelnen Regierungen konkrete Erklärungen vorliegen und Handlungen erfolgen, die zeigen, daß der von Ungarn auch bisher bekundete Beständigungswille auch honoriert werde. Im Jänner müsse es sich entscheiden, ob die schon seit einjährig Jahren im Gange befindlichen ungarisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen endlich zu einem Resultat führen werden. Nicht an Ungarn werde es liegen, ob die wirtschaftliche Kooperation, sei es in welcher Form immer, zustande kommen könne oder nicht.

## Stehr kann keine Gehälter zahlen.

Wien, 2. Jänner. Die Stadt Steyr konnte gestern ihren 140 Beamten, Angestellten und Pensionisten bloß keine Vorschüsse auf die Gehälter, resp. Jännerpensionen auszahlen. Für die Auszahlung waren 40.000 Schilling notwendig. In der Kasse befanden sich jedoch bloß 14.000. Auf jeden Angestellten entfielen etwa 100 Schilling. Das Rathaus weiß nicht, wann es den Rest der Gehälter und Pensionen, bzw. eine weitere Rate wird auszahlen können.

## Reckemeier bankrott.

Reckemeier, 2. Jänner. Der Bürgermeister von Reckemeier hat gestern mitgeteilt, daß die Stadtkassen nicht in der Lage sind, die Januarbesoldung der Beamtenschaft flüssig zu machen, da die vorhandenen Vorräte zur Abtätigung der Zinsverbindlichkeiten aufgewendet werden müssen. Gleichzeitig hat der Minister des Innern die Gemeindevorstände der Stadt um 32 Prozent erhöht, um dadurch die Bedienung für das Defizit zu bezahlen.

## Der Agent der Bourgeoisie.

Wenn ein so kenntnisreicher und angelegener Volkswirtschaftler wie der ehemalige Finanzminister Englis zur Krise der Wirtschaft in der Tschechoslowakei das Wort ergreift, so verdienen seine Auffassungen auch innerhalb der Arbeiterschaft Beachtung, um so mehr als es notwendig ist, die vorgeschlagenen Maßnahmen mit aller Schärfe zurückzuweisen, da Englis gleich den anderen bürgerlichen Politikern als das vornehmste Heilmittel für den kranken Körper des Kapitalismus die Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten ansieht. Daß er diesen Angriff auf die arbeitende Klasse in das Gewand einer ökonomischen Theorie kleidet, ist selbstverständlich, ist er doch Professor der Nationalökonomie an der Brünner Universität.

Die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise wird gegenwärtig in zwei Ursachen erblickt. Die einen erklären alles mit dem raschen Tempo der Nationalisierung, die zur Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine führt, die anderen erblicken die Mängel des kapitalistischen Mechanismus in der Sphäre des Geldes und glauben, daß die niedrigen Warenpreise bzw. der erhöhte Geldwert (die Deflation) an allem Schuld sei. Zu den letzteren gehört auch Professor Englis, der in der Neujahrsummer der „Třidobá noviny“ die Deflation als schuldtragend insbesondere an der Krise der Staatsfinanzen hinstellt, eine Krise, die sich in den Vereinigten Staaten ebenso geltend macht, wie in Frankreich oder England, in Deutschland wie in Österreich, in Jugoslawien wie in Rumänien oder wie bei uns. Die Senkung der Großhandelspreise auf dem Weltmarkt, die ein Fünftel bis ein Viertel beträgt und für die die Erhöhung der Kaufkraft der Währungseinheit nur ein anderer Ausdruck ist, macht, wie Englis ausführt, einen Umbau der gesamten Staatswirtschaft notwendig, die sich dem erhöhten Wert der Krone anpassen muß. Die Gehälter und Löhne sind nach der Meinung des ehemaligen Finanzministers — jetzt erst wird man seines Rücktrittes so recht froh — „überdimensioniert“ und müssen herabgesetzt werden. Allerdings will Englis auch die Preise herabsetzen bzw. die Kleinhandelspreise den gesunkenen Großhandelspreisen anpassen. Freilich weiß Englis, daß dies ein außerordentlich schwieriges Problem ist. Er glaubt an einen „Zauberkreis“, in dem sich Wirtschaft und Staatsfinanzen befinden: „Das Sinken der Einkommen ist also die Voraussetzung für die Herabsetzung der Preise und die Herabsetzung der Preise die verlangte Voraussetzung für die Herabsetzung der Gehälter und Löhne. Aus dem Zauberkreis kann man nur herauskommen durch ein gleichzeitiges Eingreifen.“ Englis empfiehlt also die Brünnerische Notverordnung zur Nachahmung, wie er sich schon in einem früheren Artikel als Verteidiger des deutschen Reichskanzlers vorgestellt hat.

In einer von Klassengegenständen zerrissenen und von sozialen Kämpfen erfüllten Gesellschaft kommt es nicht nur darauf an, nach den Gesetzen der formalen Logik anzupfehlen, was notwendig wäre, sondern auch zu erwägen, wie sich die empfohlenen Maßnahmen auf die einzelnen Klassen der Bevölkerung auswirken. Gewiß müßte eine gleichmäßige Herabsetzung der Preise und Löhne nicht zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse führen, aber eine solche gleichmäßige Herabsetzung ist in der kapitalistischen Wirtschaft nicht durchführbar. Im Kapitalismus bleibt die Bourgeoisie stets die wirtschaftlich stärkere, die Arbeiterschaft die schwächere Klasse und die Bourgeoisie wird einer vom Staat diktierten Preisherabsetzung immer stärkeren Widerstand entgegenzusetzen können.

## Die ersten Verhaftungen.

Bombay, 2. Jänner. (Reuter.) Der bekannte bengalische Revolutionär Subhas Bose, der nach Kalkutta abgereist ist, wurde Nachmittag im Zuge in Kalkutta, ungefähr 50 Kilometer von Bombay entfernt, verhaftet. Er wurde mit demselben Zuge, unbekannt wohin, weggeführt.

Der Exekutivauschuss des Allindischen Nationalkongresses hat gestern nach dem Scheitern der Verhandlungen Gandhis mit dem Vizekönig den Beschluß gefaßt, die Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams in verschärfter Form, durch Nichtbezahlung der Steuern und Ablehnung des Ankaufes sämtlicher britischer Waren, zu erneuern.

Allgemein erwartet man, daß Gandhi in den nächsten Stunden verhaftet werden wird. Gandhi soll für den Fall seiner Verhaftung als Kongressführer Dalahabai Patel ausersehen haben.

Reschawar, 2. Jänner. (Reuter.) Tausende besuchten Markt benützten die „Rothemden“ zur Organisation von Wachen vor den Kasernen. Es wurden 170 Personen verhaftet, so daß die Zahl der Verhaftungen in Reschawar allein nunmehr auf 1645 gestiegen ist.

## Der Vizekönig gibt nicht nach.

Neu Delhi, 2. Jänner. Der Vizekönig erwiderte auf das ausführliche Telegramm Gandhis vom 1. Jänner, er und die Regierung bedauerten, daß der Ausschluß des Nationalkongresses die Beschlüsse gefaßt habe, die für den Fall, daß gewisse Bedingungen nicht erfüllt würden, die Wiederaufnahme des Feldzuges des zivilen Ungehorsams vorsehen. Sie bedauerten dies um so mehr, als die englische Regierung von Indien erklärt habe, daß sie die in der Erklärung des Premierministers angedeutete Verfassungsreform beschleunigt durchführen wolle.

Keine Regierung könne zulassen, daß man ihr Bedingungen durch Drohung aufzwingen wolle. Er und die Regierung müßten Gandhis und den Nationalkongress für alle Folgen verantwortlich machen, die sich aus der vom Nationalkongress beabsichtigten Aktion ergeben könnten. Die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um diese Aktion zu bekämpfen.

## Ströbel verläßt die Splitterpartei.

Berlin, Heinrich Ströbel, der bei der jüngsten Abspaltung der SAP beigetreten ist, hat nun ihre Reihen wieder verlassen; wie es heißt, will er sich selbständig machen. Auch sonst scheint es mit der Splitterpartei bald wieder zu Ende zu gehen.









